

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Hans Friedl

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Christoph Skutella

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Uli Henkel

Abg. Josef Schmid

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Sebastian Körber

Abg. Raimund Swoboda

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Keine Abkehr vom Verursacherprinzip - gegen eine Aufteilung des CO₂-Preises
(Drs. 18/23204)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

Abschaffung der CO₂-Abgabe statt Aufteilung zwischen Mieter und Vermieter
(Drs. 18/23240)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Hans Friedl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor rund einem Monat sind die Bundesbauministerin Klara Geywitz, Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Bundesjustizminister Buschmann in Berlin vor die Presse getreten und haben verkündet, dass sie das Ei des Kolumbus gefunden hätten: Das Ampel-Kabinett habe eine faire Aufteilung der seit einiger Zeit zu bezahlenden CO₂-Kosten beschlossen.

Ich möchte hier den Bundeswirtschaftsminister zitieren:

Wir haben mit der Aufteilung der CO₂-Kosten eine Lösung gefunden, die sozial gerecht ist und künftig die Mieter auch entlastet. Je schlechter ein Gebäude gedämmt ist, je älter zum Beispiel die Heizung oder die Fenster sind, umso höher sind die CO₂-Kosten für Vermieter und umso größer die Entlastung für Mieter. Denn in diesen Fällen leidet der Mieter häufig unter hohen Energiekosten wegen schlechter Dämmung und Heizung, ohne aber selbst gut gegensteuern zu können. Umgekehrt kann ein Vermieter, der das Gebäude gut energetisch saniert hat, die Kosten auch umlegen. Denn dann sind beispielsweise Dach und Fenster gut gedämmt, so dass vor allem die Mieter durch ihr Verhalten noch dazu beitragen können, Energie einzusparen und so die Heizkosten zu reduzieren.

So das Zitat. – Eine spannende Aussage, finde ich.

Minister Buschmann sagte schon in einer etwas anderen Tonlage, dass der CO₂-Preis einen wichtigen Beitrag leisten kann, um unseren Verbrauch von Erdöl, Kohle und Gas zu verringern. Wir alle haben den unterschiedlichen Ansatz bemerkt. Grundsätzlich muss man schon und immer wieder Regelungen auf den Prüfstand stellen; da sind wir sofort dabei. Wir als FREIE WÄHLER hätten auch schon gerne früher reagiert. Erst im intensiven, mehrfachen und fairen Austausch der Standpunkte haben wir eine von der Bayernkoalition getragene Formulierung, gerade für Mieter gefunden, die ohnehin schon – spätestens Anfang nächsten Jahres – von den Nebenkostenabrechnungen erschlagen werden. Wir müssen jetzt vorbauen und gegen diesen Unsinn von der sogenannten Fortschrittskoalition intervenieren.

Zunächst hebt § 2 Absatz 4 des Gesetzes die Heizkostenverordnung und die dort enthaltenen Regelungen zur Kostenaufteilung aus. Werden hier nun bewährte Berechnungsmethoden effekthascherisch geopfert und die Abrechnung noch schwieriger gestaltet? Oder sind wir am Ende alle Helmut Schmidt, der einmal gesagt hat, dass er seine Wasserrechnung nicht mehr verstehe?

Die im Gesetzentwurf formulierte Übergangsregelung bis 2030 greift zu kurz. Ich nenne folgendes Beispiel: Der Verwalter einer Eigentümergemeinschaft mit – sagen wir – 150 Wohneinheiten möchte seine Eigentümer davon überzeugen, dass eine energetische Sanierung auf alle Fälle lohnenswert ist. Bis zum Beschluss braucht es dann mindestens 15 bis 18 Monate. Dann sind wir fast schon im Jahr 2025. Wer glaubt daran, dass sich der Fachkräftemangel auf dem Bau bis dahin erledigt hat und sich die unterbrochenen Lieferketten bis dahin wieder eingeschwungen haben? Kommt dann das böse Erwachen für die Mieter, wenn die Sanierung abgeschlossen ist? – Nicht nur werden die Kosten für die Sanierung für den Standard Effizienzhaus 55 auf die Mieter umgelegt, sondern dann müssen sie auch den vollen Preis für CO₂-Emissionen tragen, und der ist kaum vorhersehbar; denn das Umweltbundesamt hat bis zehn Tage vor Beginn der jeweiligen Geltungsperiode Zeit, diesen im Internet zu veröffentlichen. Das regelt § 4 Absatz 2 des Gesetzentwurfs. Ich kann hier kaum eine soziale Steuerung erkennen.

Lassen Sie uns Familien mit Kindern betrachten: Glauben Sie, sie hätten in einem hart umkämpften Wohnungsmarkt eine Chance, an eine Wohnung zu kommen, wenn der Vermieter abseits vom Verursacherprinzip für die CO₂-Preise aufkommen muss und sich dann im Zweifelsfall für die kinderlosen Doppelverdiener entscheidet? Wird das Vermieten in einem preisgünstigen Sektor nicht gänzlich unattraktiv für den Vermieter? Die angekündigte Förderung ist im Gesetzentwurf noch nicht einmal mit einer Silbe erwähnt. Wollen wir noch einmal einen solchen Reinfall wie durch die Entscheidung in der Nacht vom 24. Januar dieses Jahres erleben? – Nein.

Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, sich in Berlin für eine stärkere Förderung von energetischen Sanierungen bei Mietwohnungen zu engagieren. Wir brauchen sozialen Klimaschutz. Aus den aufgezeigten Gründen bitte ich Sie, unseren Antrag zu unterstützen, um ein starkes Signal nach Berlin zu senden. Ansonsten wird das Ganze ein Bumerang für die Mieter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um einen Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU betreffend die Aufteilung des CO₂-Preises zwischen Mieter und Vermieter sowie die stärkere Förderung energetischer Sanierungen. Die CSU und die FREIEN WÄHLER geben vor, hier die Mieter entlasten zu wollen, indem sie den Mietern den Preis für die CO₂-Abgaben aufbürden wollen. Der Mieter soll also von mehr umgelegten Kosten des Vermieters entlastet werden, indem er genau diese Kosten jetzt vollständig tragen soll. Eine solche Schlussfolgerung ergibt auch nur für eine Altpartei Sinn, in diesem Fall für CSU und FREIE WÄHLER.

Sie können deshalb auch solche Anträge mit heuchlerischer Begründung durch den Landtag schicken, weil die Medien das Altparteienkartell konsequent schützen und uns, die AfD, die einzige patriotische Kraft, unterdrücken und totschweigen. Kämen die GEZ-zwangsgeldfinanzierten Medien ihrem Rundfunkstaatsvertrag tatsächlich nach und erführen die Bürger tatsächlich, was Sie hier teilweise treiben, dann sähe die Parteienlandschaft ganz anders aus. Ich nenne nur einmal Frankreich als jüngstes Beispiel.

Dabei haben Sie es aber bei diesem Antrag nicht bewenden lassen. Nachdem Sie ja den Vermieter von der CO₂-Abgabe entlasten wollen, soll er noch dafür belohnt werden, indem energetische Sanierungen von Mietwohnraum noch mehr gefördert werden. Abgesehen davon, dass solche energetischen Sanierungen wieder der Mieter zusätzlich mit Umlagen tragen darf, befeuern Sie mit solchen Aktionen die bereits angeheizte grüne Inflation, wobei man schon betonen sollte, dass gerade energetische Sanierungen, die Sie ja zur Entlastung des Mieters fordern, zu den drastischsten Mieterhöhungen führen und den Mieter also am härtesten treffen können.

Sie wollen genau das weiter fördern, was für den schwachen Mieter und seine wirtschaftliche Existenz am gefährlichsten ist. Der Antrag ist Hohn und Spott für den Mieter, den Sie zu entlasten vorgeben, den Sie damit aber in Wirklichkeit noch weiter und sogar doppelt belasten; denn in Wahrheit ist dieser Antrag einmal wieder ein Geschenk für die Klimalobby, der Sie nicht genug Milliarden Steuergeld in den Rachen werfen können.

(Beifall bei der AfD)

Der deutsche Mieter, der es wahrlich schwer genug hat, wird von Ihnen gnadenlos bis zum letzten Tropfen ausgepresst, werte Damen und Herren Kollegen. Wir lehnen daher diesen irren Antrag ab. Stimmen Sie für unseren Antrag! Wir fordern in schlichter Weise die Abschaffung der gesamten CO₂-Abgaben. Davon profitieren Vermieter und Mieter gleichermaßen. Ihr verhätscheltes Sorgenkind, die Klimalobby, wird es verkraften. Versprochen! – Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen aufgehoben werden müssen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Vor dem nächsten Mal sollten Sie das Lesen üben!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Martin Stümpfig von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag von den FREIEN WÄHLERN und der CSU, den wir heute hier vorgelegt bekommen haben, zeigt klar das Gesicht der Regierungsparteien. Was hier heute auf dem Tisch liegt, ist höchst unsozial.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deutschland ist ein Mieter*innen-Land. Bayern ist ein Mieter*innen-Land. Rund 49 % aller Wohnungen sind vermietet, und die Preise für die fossilen Energien gehen durch die Decke. Es ist dann eben nicht die Schuld der Mieter*innen, wenn sie in einer

schlecht sanierten Wohnung leben – davon haben wir gerade genug –, dass die Heizkosten buchstäblich zum Fenster hinausgeblasen werden und man sozusagen zur Kaltmiete mit den Energiekosten eine zweite Miete hat. Der einzig richtige Weg ist hier einfach eine energetische Sanierung und eine Umstellung auf erneuerbare Energien, um dieser Preisspirale zu entkommen. Dafür brauchen wir Anreize zur Sanierung. Genau dafür ist dieser CO₂-Stufenplan ein wichtiger Anreiz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie gesagt, rund die Hälfte unserer bayerischen Mietgebäude hat einen sehr schlechten energetischen Standard. Die Bundesregierung hat hier jetzt beschlossen, dass der CO₂-Preis, den wir haben, entsprechend aufgeteilt werden soll. Das sähe dann so aus: Wenn man ein sehr gutes Haus hat, kann der CO₂-Preis komplett auf den Mieter umgelegt werden; wenn es ein sehr schlechtes Haus ist, sollte der Vermieter bis zu 90 % der Kosten tragen. Von sehr schlechten Häusern reden wir wirklich nur, wenn sie den fünffachen Energiebedarf der guten Häuser haben. – Herr Friedl, Sie haben vom Nutzerverhalten gesprochen; das kommt dann hier irgendwo an seine Grenze, wenn es hinten und vorne durch die Ritzen bläst; es wäre schön, wenn Sie zuhörten. Da kann sich der Mieter oder die Mieterin noch einmal warme Gedanken machen, aber er oder sie kann dann nichts mehr durch sein oder ihr Nutzerverhalten dazu beitragen, die Energiekosten zu reduzieren, wenn das Haus einfach einen sehr schlechten Standard hat. Ihr Antrag geht komplett in die falsche Richtung. Das geht wirklich total am Thema vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anstatt jetzt immer wieder den Bund zu kritisieren, was er denn macht, fordern wir Sie auf, endlich hier mal in Bayern etwas zu machen. Wir haben in Bayern kein Förderprogramm für eine energetische Sanierung. Ein solches ist überfällig. Wir fordern es schon seit Langem. Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN schreiben nun in Ihren Dringlichkeitsantrag rein, dass der Bund es mal machen soll. Was hindert Sie

denn daran, hier etwas in Bayern zu machen? Wir forderten ein Bayerisches Wärmegesetz, das Sie abgelehnt haben. Einen Sozialfonds mit 300 Millionen Euro haben Sie abgelehnt. Der Bund macht hier viel mehr. Er hat Förderprogramme. Er hat eine Umgestaltung der Modernisierungsumlage geplant. Er hat eine Umstellung auf ein (Teil-)Warmmietensystem geplant. Hören Sie also endlich auf, immer nur den Bund zu kritisieren! Machen Sie hier in Bayern Ihre Hausaufgaben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend nur noch eine kurze Bemerkung. Sie hatten einen Bundesinnenminister, der für das Bauen zuständig war. Horst Seehofer war der Einzige, der in Berlin seine Klimaziele gerissen hat. Es war Ihr Gesetz von der CSU, als Sie das Bundesklimaschutzgesetz mit verabschiedet haben. Das sind natürlich Bausteine davon. In Berlin sitzt jetzt jemand, der nicht nur Ziele macht, sondern auch Maßnahmen hinterlegt. Deswegen ist es schon mehr als ein Witz, was Sie hier heute vorlegen. Ihr Antrag ist höchst unsozial und klimaschädlich. So kommen wir nicht aus unserer Abhängigkeit. Deswegen werden wir ihn ablehnen. Wir hoffen darauf, dass wir jetzt endlich vorankommen und man sagt: Man geht auch hier in Bayern in eine energetische Sanierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt zwei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung. Die erste kommt vom fraktionslosen Abgeordneten Markus Bayerbach.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Stümpfig, Sie sagen, wir haben eine relativ niedrige Eigentumsquote. Meinen Sie, es wird besser, wenn wir jetzt den kleinen Mann, der sich für seine Altersvorsorge eine Eigentumswohnung leistet, zwingen, energetische Sanierungen mitzuzahlen? Das geht von seinem Budget her nicht.

Thema "bezahlbares Wohnen": Wenn Sie heute mal mit Mietern reden, dann stellen Sie fest: Sie interessieren sich weniger für die energetisch sanierte Wohnung als für

die Wohnung, die sie sich noch leisten können. Sie sorgen dafür, dass die älteren Gebäude, die zum Teil noch in Ordnung sind und nur mit überproportionalem Aufwand energetisch saniert werden können, dann für viel Geld zu teurem Wohnraum werden. Meinen Sie wirklich, dass das für den normalen Arbeiter Sinn macht? – Das ist vielleicht etwas für Münchner Elfenbeintürme und für Grünwald, aber bestimmt nicht für irgendein Arbeiterviertel und auch nicht für den Mann, der versucht, mit wenig Geld seine zwei oder drei Kinder über die Runden zu bringen.

(Beifall bei der AfD)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Man muss schon auf dem Boden der Tatsachen bleiben; denn wenn man sich eine Standardmietwohnung anschaut, sind wir vielleicht bei einem Energiebedarf von 1.500 Kubikmeter Erdgas. Das sind dann rund drei Tonnen CO₂, das dadurch emittiert wird. Multipliziert mit 30 Euro – das ist der aktuelle CO₂-Preis – geht es um 90 Euro. Wenn diese 90 Euro bei einem nicht sanierten Haus zu etwa 90 % der Vermieter trägt, sind das circa 80 Euro für ihn. Dann muss man sagen: So ein Anreiz, dass der Vermieter jedes Jahr daran erinnert wird, seine schlecht sanierte Wohnung doch einmal zu sanieren, geht vollkommen in die richtige Richtung. Deswegen unterstützen wir das auch. Dieser Beitrag der CO₂-Preise hat nichts damit zu tun, dass Bauen insgesamt teurer wird, wie Sie das hier anmerken. Er ist ein wichtiger Baustein, den wir hier haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer zweiten Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Hans Friedl von den FREIEN WÄHLERN gemeldet.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Stümpfig, verstehen Sie es nicht, oder wollen Sie es nicht verstehen? – Der Ansatz geht doch vollkommen an der Praxis vorbei. Wir sagen: Das wird ein Bumerang für die Mieter, und zwar ein Bumerang deswegen, weil im nächsten Jahr die ganzen Nebenkostenabrechnungen kommen. Die Energiekosten sind gestiegen. Dazu kommen noch die Mieterhöhungen, bei denen die

Kosten für die Sanierung umgelegt werden können. Diese werden mit Sicherheit von den Vermietern umgelegt werden. Was sagen Sie dazu?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Friedl, das ist sehr kurzfristig gedacht. Man muss ja sehen: Die einzige Lösung, mit der man von den Kosten herunterkommt, ist, dass man sanierte Gebäude hat. Sie wissen ganz genau, dass es sehr viele gute Beispiele gibt, etwa die Gewobau. Dieses Beispiel hatte ich schon im Rahmen der Beratungen zum Wärmegesetz gebracht. Sie schaffen es, für eine Mieterhöhung von einem Euro pro Quadratmeter den Bedarf um mehr als das Doppelte runterzubringen, also wirklich den Verbrauch zu reduzieren. Jetzt zu sagen: Nur weil der CO₂-Preis von 50 Euro pro Jahr ansteht, wird nicht saniert, ist vollkommen rückwärtsgewandt.

Außerdem muss ich Sie daran erinnern: Sie haben ein Klimagesetz, bei dem Sie 65 % CO₂-Einsparung bis zum Jahr 2030 geplant haben. Diese Maßnahme, bei der man die Schlechtesten der Mietgebäude anpackt, würde vier Millionen Tonnen pro Jahr CO₂-Einsparung bringen. Wir haben extra eine Studie dazu machen lassen. Vier Millionen Tonnen! Sie lehnen sich einfach nach hinten und setzen irgendwelche Ziele fest, kümmern sich aber überhaupt nicht um Maßnahmen. Wenn es einmal konkret wird, dann schreiben Sie solche depperten Anträge, wo Sie sagen: Nein, ich habe damit überhaupt nichts zu tun, und irgendwann gibt es die Lösung in der Zukunft.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stümpfig, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das ist nicht unser Ansatz.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist reine Ideologie!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Natascha Kohnen für die SPD-Fraktion.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU fordern die Staatsregierung mit Ihrem Antrag auf, sich auf Bundesebene gegen das sogenannte Stufenmodell des

CO₂-Preises zu wenden, das eine differenziertere Aufteilung des CO₂-Preises zwischen Vermieter und Mieter aufsetzt und vorschlägt.

Die Idee und der Vorschlag der FREIEN WÄHLER und der CSU lautet dagegen darauf, dass die Mieter*innen den CO₂-Preis allein tragen müssen. Es stehen also im Moment auf Ihren Vorschlag hin zwei Modelle gegeneinander. Die FREIEN WÄHLER und die CSU sagen: Mieter zahlen allein. SPD, GRÜNE und FDP sagen in der Bundesregierung: Mieter und Vermieter, teilt euch den CO₂-Preis nach Gebäudezustand!

Herr Friedl, als kleine Anmerkung: Genau diese Auseinandersetzung gab es schon im Bundestagswahlkampf 2021. Damals hat sich interessanterweise Armin Laschet im Laufe des Wahlkampfes doch dazu bekannt: Auch die Vermieterinnen und Vermieter müssen an den CO₂-Zusatzkosten beteiligt werden. Das nur mal zur Erinnerung.

(Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Was hat es ihm gebracht?)

– Was es gebracht hat, weiß ich nicht. Ihnen hat es sowieso nichts gebracht, weil Sie nicht in den Bundestag eingezogen sind – aber wurscht.

Also, was möchte dieser CO₂-Preis? – Er soll Anreize schaffen, sich klimafreundlicher zu verhalten und mitzuhelfen, den Klimawandel zu bekämpfen. Wenn man ihn leugnet, ist man sowieso außen vor.

Wie sieht das denn aber im Bereich des Wohnens genau aus? Was kann ein Mieter tun, und was kann ein Vermieter tun? – Die Mieter können Energie sparen beim Heizen oder beim Wasserverbrauch. Die Vermieter sind zuständig für den Zustand ihrer Immobilie, ob und inwieweit diese energetisch saniert ist und wie der Zustand der Heizung ist. Das liegt in der Verantwortung des Vermieters.

Was sieht das Stufenmodell der Ampel vor? – Anhand von zehn Stufen wird die Aufteilung des CO₂-Preises bestimmt. Je schlechter die Energiebilanz des Gebäudes, desto größer ist der Anteil der Vermieter und somit der Anreiz zu modernisieren. Herr

Friedl, den Mietern sind in diesem Punkt aber die Hände gebunden, etwas an ihrer Lage zu verändern; denn sie sind nicht befugt zu modernisieren. Die Mieter verursachen nicht den energetischen Zustand ihres Gebäudes. Sie können nur zwei Dinge tun, nämlich die Heizung abstellen und kalt duschen. Genau diese Mieter sollen jetzt nach Ihrem Antrag den kompletten CO₂-Preis zahlen. Dazu sage ich: Liebe CSU und liebe FREIE WÄHLER, das ist echt eine steile These. Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Kohnen, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Ich darf an dieser Stelle außerdem bekannt geben, dass die CSU zu diesem Tagesordnungspunkt namentliche Abstimmung beantragt hat. – Zu einer Zwischenbemerkung hat jetzt der Kollege Hans Friedl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Kohnen, nur eine kurze Frage: Wenn es ältere Gebäude gibt, bei denen eine Sanierung anstehen würde, was wollen Sie machen, wenn der Vermieter sagt: Weißt du was, bevor ich viel Geld in die Sanierung stecken muss, tue ich mir das gar nicht an und lasse die Wohnung leer stehen? – Sie haben zwar heute noch einen Dringlichkeitsantrag zum Leerstand von staatlichen Immobilien des Freistaats, aber Sie wollen doch sicher nicht in das Eigentumsrecht der privaten Vermieter eingreifen.

(Martin Böhm (AfD): Das machen die, weil sie Kollektivisten sind!)

Natascha Kohnen (SPD): – Jetzt ist erst einmal seine Frage dran. Herr Friedl, Sie vermischen hier – und das war auch vorher bei den Zwischenfragen so – lauter Dinge miteinander. Wenn ich Leerstand habe – –

(Zuruf von der CSU)

– Kommen Sie erst einmal in den Wahnausschuss, dort reden wir nämlich darüber. Herr Friedl, wenn Sie Leerstand haben, dann gibt es ein Zweckentfremdungsgesetz.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Zweckentfremdungsgesetz geht auf denjenigen zu, der seine Wohnung mit Absicht leer stehen lässt, damit er das nicht tut.

(Petra Guttenberger (CSU): Das ist mir aber neu!)

Gebäudesanierung wird aus einem Topf finanziert, im Übrigen auch von der Bayerischen Staatsregierung – da könnten Sie die Mittel auch einmal erhöhen –, aber auch vom Bund. Das ist der eine Topf. Der andere Topf: Wenn ein Mieter nicht das Geld hat, so etwas wie eine Modernisierung etc. mitzutragen, dann gibt es dafür eine andere Förderung. Dafür gibt es unter anderem auch Wohngeld, weil hier angesprochen wurde, was wir mit den Arbeiterinnen und Arbeitern machen. Sie vermischen hier die einzelnen Gesetze und die verschiedenen Töpfe. Das ist nicht legitim, das geht so nicht. Tut mir echt leid.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Den CO₂-Preis können Sie niemals allein den Mietern aufbrummen, das ist echt asozial!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich noch bekannt geben, dass zum Dringlichkeitsantrag Nummer 6 "Klimaschutz ernst nehmen" von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Das Wort hat nun Herr Kollege Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss das jetzt auch runterbrechen, worüber wir eigentlich bei diesem Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU reden sollten. Das kann ich ganz leicht anhand

der Presseerklärung der FREIEN WÄHLER von gestern machen. Ich zitiere: "Der Vermieter kann nicht für die individuellen Energiekosten seines Mieters einstehen. Denn er kann dessen [...] und Warmwasserverbrauch nicht beeinflussen." Das war das Zitat von gestern. Heute war die Argumentation ein bisschen anders. Heute wollen Sie den Mieter schützen. Man kann aber vice versa sagen: Was kann denn der Mieter dafür, wenn sein Vermieter nicht die energetische Sanierung der Immobilie angeht? Was kann er dagegen machen? – Er kann nichts machen. Er ist dem ausgeliefert. Das ist doch die Diskrepanz, in der wir sind, in der die Lösung der Ampel sinnvoll ist, um die Kosten gleichmäßig aufzuteilen.

Schauen wir uns doch einmal die Energieeffizienzklassen in Bayern bei Immobilien an. Da reden wir von 11,3 % in den Klassen A+, A und B. Die im Bestand nehmen wir jetzt mal raus. Dann reden wir über die, bei denen wir etwa eine Fifty-fifty-Aufteilung des CO₂-Preises diskutieren, das sind die mittleren Energieklassen C, D, E und F. Das sind immerhin 60 %. Und nun reden wir über die, die tatsächlich eine schlechte Energieklasse aufweisen, und das sind fast ein Drittel, nämlich 28,5 %. Darum geht es doch eigentlich, um diesen Bereich. Es geht darum, wie wir es schaffen, unser Ziel zu erreichen. Wir müssen uns vor Augen führen, dass wir 2045 klimaneutral werden wollen. Wie schaffen wir es, den Gebäudebestand zu sanieren und fit, das heißt klimaneutral, zu bekommen? Wer soll das machen, wenn nicht die Eigentümer? Wie kann man das machen, wenn nicht durch gewisse Anreize? Mieterinnen und Mieter haben nun mal einen gewissen Grundbedarf an Wärmeenergie. Wenn die Deckung des Bedarfs nur über fossile Energien angeboten wird, dann bleibt den Mietern auch nichts anderes übrig, als fossil zu heizen. Je schlechter die Wohnung gedämmt ist, desto höher ist der Energieverbrauch. Fakt ist hier, der Vermieter hat es in der Hand, welche Heizungsform in seinem Haus genutzt wird und in welchem Zustand seine Immobilie ist. Deswegen ist dieser Anreiz durchaus sinnvoll. Nur so wird sich etwas im Gebäudebestand ändern.

(Beifall bei der FDP)

Nun kann ich noch etwas anfügen. Die CSU spricht in den letzten Wochen verstärkt von Entlastungen. Das ist auch richtig, und das ist auch gut. Aber reden wir doch einmal über dieses Winterwohngeld, das etabliert werden soll. Das ist eine der Möglichkeiten. Warum will ich hier den Mieter entlasten, während Sie mit diesem Antrag gleichzeitig den Mieter belasten wollen? Ich kann in Ihrer Politik keine Sinnhaftigkeit erkennen. Wir werden den Antrag ablehnen, auch den der AfD.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Skutella, es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste ist von Frau Kollegin Schorer-Dremel von der CSU-Fraktion.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, eine ganz praktische Frage: Nehmen wir einmal an, Sie sind Hausbesitzer, folgen der Ampel, sanieren Ihr Haus energetisch, Sie haben ein Zehn-Einheiten-Haus und investieren 150.000 Euro. Übernehmen Sie die Kosten dann selbst, weil Sie sagen, die Mieter sollen geschützt werden? Oder legen Sie die Kosten auf die Mieter um und erhöhen dadurch die Miete? Dadurch würde aufgrund des von der Ampel geforderten Projekts der zu zahlende Mietpreis für die Mieter deutlich höher werden als das, was diese über die CO₂-Abgabe zahlen müssten. Wie würden Sie das tun?

Christoph Skutella (FDP): Ich beantworte Ihre Frage mit einer Gegenfrage: Wollen Sie wirklich mit dieser Argumentation ab jetzt auf die energetische Sanierung unserer Gebäude verzichten?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist keine Antwort!)

– Das ist meine Antwort. Wir haben ein Ziel, und zwar die CO₂-Neutralität, und die müssen wir auch bei den Gebäuden erreichen. Sie diskutieren über einen kurzfristigen Effekt, auch Herr Friedl. Was hier mit dem CO₂-Preis angelegt ist, das ist ein langfristi-

ger Weg. Herr Stümpfig hat die Summen, über die wir bei Ihrem Antrag diskutieren, angesprochen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie erhöhen die Miete!)

Wir reden jetzt nicht über eine energetische Sanierung im Gesamten, sondern wir reden über den CO₂-Preis, der fair verteilt werden soll. Da hat die Ampel einen gangbaren Kompromiss gefunden. Dazu stehen wir auch.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung, und zwar von Herrn Abgeordneten Henkel von der AfD-Fraktion.

Uli Henkel (AfD): Herr Skutella, meine Frage geht in eine ähnliche Richtung. Ich sage einmal so: Ich bin Vermieter und habe nicht das Geld, um die alte Bude, die ich vermietet habe, zu sanieren. Wie sieht das Konzept der FDP aus, um mir in die Puschen zu helfen oder den Mietern zu helfen, oder wie kann man da verfahren? Sie haben sich dazu doch sicherlich Gedanken gemacht.

Christoph Skutella (FDP): Herr Henkel, ich möchte noch einmal sagen: Hier geht es um den CO₂-Preis. Natürlich gibt es Förderprogramme zur energetischen Sanierung. Natürlich ist uns bewusst, dass auch die Lage bei den Handwerkern schwierig ist, dass die Auftragslage schwierig ist und vieles mehr. Das alles sind Themen, die aber nichts, wirklich gar nichts mit diesem Antrag zu tun haben. Ich verstehe das nicht. Auch Frau Kohnen hat es schon gesagt: Sie vermischen hier Themen, die relativ wenig miteinander zu tun haben. Das alles hat zwar mit Immobilien, Gebäuden, Mieten und Vermieten zu tun, aber es hat nichts mit der Diskussion über die Umlage des CO₂-Preises zu tun. Das ist meine Antwort darauf.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Josef Schmid von der CSU-Fraktion.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Hoch geschätzter Herr Kollege Skutella, Sie haben gerade an die CSU gerichtet gefragt, ob wir jetzt auf die energetische Sanierung von Wohnungen verzichten wollen. Deswegen war die Frage von Herrn Kollegen Henkel doch direkt von Ihnen provoziert. Aber dann sagen Sie: Nein, nein, jetzt geht es um die CO₂-Bepreisung. Sie selbst haben doch dieses Argument gebracht und gefragt, ob wir auf die energetische Sanierung von Wohnungen verzichten wollen. Sie sind nämlich der Meinung, dass der Vermieter seine Wohnungen schneller energetisch saniert, wenn er die CO₂-Bepreisung allein bezahlen muss. Ich kann nur darauf hinweisen, diese Frage zu klären, weil hier vieles, vieles von den Oppositionsparteien durcheinandergebracht wird.

Der zweite Punkt unseres Antrags lautet:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der derzeitigen Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Bund die energetische Modernisierung von Mietwohnraum stärker fördert.

Das ist das, was wir in unserem zweiten Punkt wollen. Deshalb könnte auch Herr Kollege Henkel unserem Antrag zustimmen, weil das nämlich genau die Antwort auf seine Frage ist. Wenn Sie es sich nicht leisten können, dann werden Sie mit einer stärkeren Förderung in die Lage versetzt, es sich eben doch leisten zu können. Das muss doch der Ansatz sein. Die CO₂-Bepreisung jetzt aber allein beim Vermieter abzuräumen, das geht nicht. Frau Kollegin Kohnen, neunzig zu zehn, das ist doch keine Differenzierung. Wenn der Vermieter 90 % trägt, dann können Sie auch gleich sagen, er soll 100 % tragen. Eine Differenzierung ist das keine. Und es ist auch keine zielführende Differenzierung, wenn Sie zehn Stufen einführen bei der Frage des CO₂-Ausstoßes pro Quadratmeter pro Jahr. Das ist vielmehr ein riesiges Ungetüm, das nur zur Verunklarung führt.

Eine Wirkung ist aber völlig klar. Wenn heute jemand entscheidet, ob er in den Wohnungsbau investiert, ob in den privaten Wohnungsbau zum Beispiel für die Altersversorgung, die meine ich jetzt auch, oder in den gewerblichen Immobilienbereich, dann ist das ein weiterer Baustein, den man in etwas größeres Ganzes einordnen muss. Das mache ich jetzt gleich. Das ist ein weiterer Baustein, der genau gegen das spricht, was von uns bei sämtlichen anderen Debatten eingefordert wird. Es geht um Wohnungsbau gegen Wohnungsbauoffensive.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie das so richtig auf dem Schirm haben und ob in Ihrem Bewusstsein ist, worauf wir eigentlich zusteuern. – Wir steuern auf ein extrem anderes Zinsniveau zu. Jetzt kommen massive Zinssteigerungen. Sie haben schon begonnen. Wir haben massive Kostensteigerungen bei den Baumaterialien. Teilweise sind die Baumaterialien gar nicht mehr verfügbar. Wir haben die Lieferkettenproblematik, gerade im Bereich des Baus. Das heißt, es gibt eine Reihe von Indikatoren, die uns allen noch ein böses Erwachen im Hinblick auf Wohnungsbauoffensiven und Zahlen von gefördertem Wohnungsbau usw. bescheren werden.

Jetzt starten Sie in der Bundesregierung eine Initiative, die einen weiteren Baustein setzt, sodass niemand mehr Lust hat, in Mietwohnungsbau zu investieren. Dies ist genau der Effekt, der von Herrn Kollegen Friedl beschrieben wurde und den Sie offensichtlich nicht verstehen – ganz abgesehen davon, dass Sie tragende Prinzipien außer Kraft setzen, etwa das Verursacherprinzip. Bei der CO₂-Bepreisung geht es doch in allererster Linie darum, das Verhalten des Mieters zu steuern. Ich erlebe das in der eigenen Familie, wenn ich meinen Kindern sage: Dreht die Heizung runter, wenn ihr nicht oder bloß eine Stunde in diesem Raum seid. Da spielt die Musik, meine Damen und Herren! Der Sinn und der Ursprung der CO₂-Bepreisung war die Absicht, dass wir das Verbraucherverhalten, sprich das Verhalten des Besitzers der Wohnung, des Mieters, entsprechend steuern. Darum ging es bei dieser Bepreisung. Dies soll jetzt umgedreht werden.

Insofern werden hier die völlig falschen Anreize gesetzt. Die falschen Anreize reichen auch noch in andere Bereiche hinein. Wir alle wissen, dass wir vor allem in den Ballungsräumen zu wenig große Wohnungen haben, in denen vor allem die Familien unterkommen. Wenn man die Umlagefähigkeit von Heizkosten gerade für personenstarke Haushalte beschränkt, was Ihr Vorstoß auch erzeugen wird, wird der Anreiz für die Vermieter, für die Investoren in den Mietwohnungsbau gesetzt, doch eher kleinere Wohnungen zu haben, am besten für kinderlose Paare, weil dort der CO₂-Ausstoß nicht so hoch ist und deswegen der Vermieter weniger zahlt. Dies ist alles total falsch!

Demgegenüber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist unser Antrag, diesen CO₂-Preis nicht auf Vermieter und Mieter aufzuteilen, absolut richtig und zielführend. Wenn Sie stattdessen für eine Entlastung sorgen wollen, dann fördern Sie besser die energetische Sanierung von Wohnungen. Hier kann man etwas erreichen. Deshalb ist der Ansatz richtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Schmid, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Schmid, wenn Sie noch einmal ans Mikrofon zurückkommen. – Drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen vor. Die erste kommt von Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD-Fraktion.

Natascha Kohnen (SPD): Herr Schmid, vielleicht ganz kurz: Ich halte zehn Stufen durchaus für differenziert. Darüber kann man unterschiedlicher Ansicht sein. Der zweite Punkt – das haben wir auch schon oft im Ausschuss diskutiert – lautet: Hören Sie auf, Gebäudesanierung gegen Klimaschutz auszuspielen. Das muss man miteinander fahren!

(Alexander König (CSU): So ein Schmarrn, gegeneinander ausspielen!)

Ich sage Ihnen noch etwas und frage Sie: Ist Ihnen bewusst, dass aus dem Klima- und Transformationsfonds der Bundesregierung bis 2026 rund 200 Milliarden Euro ausgegeben werden sollen und ein sehr großer Teil davon in Gebäudesanierung investiert werden soll?

(Alexander König (CSU): Wer hat denn die KfW-Förderung gestrichen? Die SPD!)

Ich sage Ihnen: Eine weitere Milliarde Euro soll jährlich im Rahmen des Klimapakets für klimagerechte Sanierungen in den Fördertopf fließen.

(Alexander König (CSU): Das sagt die SPD, die die KfW-Förderung gestrichen hat!)

Jetzt ist es die Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung, auch ihre Gelder zu erhöhen, damit Gebäudesanierung stattfindet. Weil Sie sagten, hier kommt etwas Riesiges auf uns zu: Ich teile das mit den Lieferketten etc., aber der Klimawandel kommt auch auf uns zu, –

(Alexander König (CSU): Die Redezeit ist zu Ende!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kohnen, Ihre Zeit ist zu Ende.

Natascha Kohnen (SPD): – und das wird ein ganz böses Erwachen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Kohnen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Schmid, bitte.

Josef Schmid (CSU): Frau Kohnen, jetzt sage ich es noch einmal: Wenn Sie sagen, der Klimawandel kommt auf uns zu und ist eine große Herausforderung, dann lesen Sie den zweiten Satz des Antrags. Wir wollen, dass die energetische Modernisierung von Mietwohnraum stärker gefördert wird.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Jetzt sagen Sie: Wir machen hier so viel. Ich kann mich an die peinliche Panne bei der KfW-Förderung erinnern, die Sie gestrichen haben, wodurch Sie in laufende Bauverfahren eingegriffen haben,

(Beifall bei der CSU)

um sie dann peinlicherweise für wenige Wochen mit einem begrenzten Betrag wieder aufzulegen. Dann war der gleiche Zustand wieder da.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD) – Alexander König (CSU):
Hunderttausende Wohnungen wurden nicht gebaut wegen der SPD!)

Hören Sie doch auf, von einer großen Förderoffensive zu sprechen, sondern stimmen Sie unserem Antrag zu, dann haben wir eine Förderoffensive!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo! – Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Schmid, wie Sie wissen, hat noch der Wirtschaftsminister Altmaier das KfW-Förderprogramm eingefädelt, was man dann der neuen Bundesregierung eingebrockt hat.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

In Ihrer Rede war jeder zweite Satz einfach falsch. Wenn Sie zum Beispiel fragen, ob ein Vermieter noch in den Wohnungsbau investiert, hat dies überhaupt nichts mit der CO₂-Abgabe zu tun.

(Zuruf: Selbstverständlich! – Zurufe: Nein!)

Ein Neubau muss nach EnEV-Standard einen bestimmten Wert einhalten. Wenn Sie diesen Wert einhalten, können Sie automatisch im Stufenprogramm 100 % auf den Mieter umlegen. Hier müssen Sie sich einmal ein wenig kundig machen. Die Frage, die ich habe, lautet: Warum gibt es in Bayern – Sie schreiben im zweiten Spiegelstrich, die Staatsregierung sollte sich dafür einsetzen, dass der Bund etwas bei der energetischen Sanierung tut – kein Förderprogramm für die energetische Sanierung von Wohnungsbau?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das haben Sie vor ein paar Jahren mit dem Energieeffizienzhaus gestrichen! Bis heute gibt es nichts mehr.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig.

Josef Schmid (CSU): Selbstverständlich haben die Dinge etwas miteinander zu tun. Mir erscheint es so, als ob Sie nicht einmal eine Grundausbildung in Marktwirtschaft hätten.

(Alexander König (CSU): Natürlich nicht! – Beifall bei der CSU)

Es ist völlig klar: Wenn ich heute überlege, ob ich noch in Wohnungsbau investiere – wir sind uns alle einig, wir brauchen noch viel mehr Investment in Wohnungsbau –, dann sind alle Faktoren wichtig, die die Sache teurer machen. Wenn dann noch der fünfte, sechste, siebte, achte, zehnte und der fünfundzwanzigste Faktor hinzukommt, der dies teuer macht, lege ich mein Geld doch lieber in Staatspapieren an, wenn die Zinsen wieder steigen!

(Alexander König (CSU): Genau so ist es! – Zuruf)

Dies sind doch die Zusammenhänge. Wir wollen Wohnungsbau!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die dritte Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Sebastian Körber von der FDP-Fraktion. Herr Körber, bitte.

Sebastian Körber (FDP): Herr Kollege Schmid, ich bin sehr enttäuscht, welches Schmierentheater die CSU hier mit den FREIEN WÄHLERN veranstaltet.

(Zurufe)

Vier Jahre lang hat die CSU den Bundesbauminister gestellt. Ich weiß, Sie erinnern sich nicht mehr daran. Er hieß Seehofer und war hier auch einmal Ministerpräsident, soweit ich weiß. Passiert ist gar nichts. Er ist in diesem Ressort überhaupt nicht wahrgenommen worden. Sie haben aktuell noch das Wort "sozial" in Ihrem Parteinamen stehen. Wir haben Entlastungen auf Bundesebene verabredet, gemeinsam mit den Kollegen von GRÜNEN und SPD. Wir haben jetzt auch für die dringend notwendigen energetischen Maßnahmen die Mieter entlastet.

(Alexander König (CSU): Spricht er von der Vergangenheit, der Gegenwart oder der Zukunft?)

Nun stellen Sie sich hier hin, nachdem Sie anscheinend etwas mit "sozialer Union" im Namen stehen haben, und wollen das nicht haben und kündigen hier gerade auf, dass es hier gemeinsame Anstrengungen geben muss, auch etwas für den Klimaschutz zu tun. Ich kann Sie beruhigen: Geldmittel stehen sehr, sehr viele zur Verfügung, viel mehr, als es jemals unter einer CSU-Bundesregierung gegeben hat.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Josef Schmid (CSU): Lieber Herr Kollege Körber, sozial ist es, wenn man Investitionen in mehr Wohnungen ermöglicht und nicht erschwert, weil mehr Wohnungen auch tendenziell dazu angelegt sind, in der Marktwirtschaft dafür zu sorgen, dass die Mieten nicht noch weiter steigen, sondern eher moderat bleiben.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig! – Zuruf von der FDP)

Jetzt muss ich dies schon der FDP erklären. Das ist doch Wahnsinn!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe mir schon überlegt, ob ich bei Herrn Skutella noch einmal etwas anderes sage. Auf den Begriff "Schmierentheater" wäre ich jetzt nicht gekommen. Aber wenn Sie diesen schon gebrauchen: Es ist eher ein Schmierentheater, was die FDP hier aufzieht, weil sie es aufziehen muss, weil sie in einer Koalition im Bund gefangen ist und deswegen Maßnahmen vertreten muss, auf die sie selbst wahrscheinlich nicht unbedingt gekommen wäre. Ich möchte noch einmal festhalten, dass die FDP – ausgerechnet die FDP – jeden marktwirtschaftlichen Sachverstand aufgibt und für eine deutlich höhere Belastung der Vermieter ist. Dies werden wir draußen erzählen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Sehr gut!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Schmid, meine Damen und Herren von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, Sie stehen wegen Ihres seltsamen Antrags ganz schön unter Beschuss. Ich gönne Ihnen das ganz ehrlich gesagt. Wir leben anscheinend in einer multilateralen Notlage. Wir Bürger müssen die Corona-Kosten begleichen. Wir müssen mit den Teuerungsraten auf allen Ebenen zurechtkommen. Wir müssen die höchste Steuerlast tragen und verdienen am wenigsten in Europa. Heute haben wir ein Thema, das ich nicht kleinreden will. Sie haben es jetzt aber zerpfückt. Die Mieter sollen die höheren Kosten – –

(Alexander König (CSU): Was denn jetzt? – Thomas Kreuzer (CSU): Wollen Sie jetzt die Mieten erhöhen?)

– Herr Kreuzer, Sie halten jetzt einmal den Schnabel und lassen mich reden. Ich rede ohnehin nicht lang. Ich habe nur keine Rückmeldung vom Mikrofon erhalten. Darum habe ich mich umgeschaut, ob ich gehört werde, um nicht hier rumbrüllen zu müssen, sodass Sie dann einen Gehörschaden haben.

Die Mieter sind die Leidtragenden. Wer hat aber dafür gesorgt, dass die Mieter die Leidtragenden sind? – Diejenigen, die die CO₂-Einpreisung verursacht haben. Warum setzen Sie diese CO₂-Einpreisungen in Notzeiten nicht aus, damit diese Last von den Mietern genommen wird? Das wäre einfach, aber wirkungsvoll. Darauf kommen Sie aber nicht.

Der CSU möchte ich sagen: Wenn Sie so weitermachen und dafür sorgen, dass die Energiekosten, die Stromkosten und diese Alltagskosten in die Höhe getrieben werden, sehe ich schwarz für Sie. Schwarz sind Sie ohnehin. Lassen Sie sich Folgendes sagen: Sorgen Sie dafür, dass wir eine künstliche Verknappung von Energie durch Embargomaßnahmen nicht noch bejubeln. Sorgen Sie dafür, dass es keine systemische Verteuerung durch Mehrwertsteuer gibt. Immer höhere Preise bedeuten immer mehr Steuern für den Staat. Der Staat gibt dann 200 Milliarden für irgendwelche energetischen Sanierungen aus. Da nimmt man es, da gibt man es, aber die Falschen bekommen es. Ich meine, die Politik läuft von Grund auf schief, und der kleine Mann muss es wie immer austragen.

(Zurufe: Sie meinen "ausbaden"!)

Wer die herkömmlichen Energieträger abschafft und die neuen Energieträger nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt und damit die Verarmung der Bevölkerung herbeiführt, der meint es nicht gut mit dem Bayernvolk. Der sorgt für Wohlstandsminimierung. Sie alle hier im Hohen Haus sind davon möglicherweise nicht so betroffen. Aber Leute, von denen wir heute schon gesprochen haben, wie zum Beispiel Mindestlohnempfänger usw., sind davon schon betroffen. Dass die Sanierung eine weitere Verteuerung für die Mieter bedeutet, ist doch offenkundig.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Swoboda. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Vielen Dank für den Hinweis. Der kommt immer zur rechten Zeit von Ihnen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Swoboda. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt. Wir stimmen zuerst in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion ab.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/23240 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen – Das sind die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die restlichen Fraktionen sowie die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos), Rieger (fraktionslos) und Sauter (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Klingen (fraktionslos). – Danke schön. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen FREIE WÄHLER und CSU auf Drucksache 18/23204. Sie haben drei Minuten Abstimmungszeit. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:14 bis 17:17 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Das Ergebnis wird in Kürze bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion betreffend "Keine Abkehr vom Verursacherprinzip – gegen eine Aufteilung des CO₂-Preises" auf der Drucksache 18/23204 bekannt. Mit Ja haben 75 gestimmt, mit Nein 59; es gab 3 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.06.2022 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER, der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU; Keine Abkehr vom Verursacherprinzip - gegen eine Aufteilung des CO₂-Preises (Drucksache 18/23204)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes		X	
Becker Barbara			
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus	X		
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus		X	
Busch Michael			
Celina Kerstin		X	
Dr. Cyron Anne			X
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex	X		
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert			
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred			
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Enders Susann	X		
Enghuber Matthias	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Faltermeier Hubert	X		
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander	X		
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans	X		
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias	X		
Gottstein Eva	X		
Graupner Richard		X	
Grob Alfred	X		
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Häusler Johann	X		
Hagen Martin			
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang	X		
Haubrich Christina			
Hayn Elmar		X	
Henkel Uli			X
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			
Högl Petra			
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard			
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander	X		
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne		X	
Ländner Manfred	X		
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra	X		
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan	X		
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris			
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Riedl Robert	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna			
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas			
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	75	59	3